



Ausschuss für Bauen und Verkehr

26. Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Günter Labes, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

hier: **„Die Landesregierung gefährdet den Logistikstandort und die Verkehrssicherheit in NRW durch Wittkes Ankündigungen erweiterter LKW-Überholverbote und Erhöhung der LKW-Mindestgeschwindigkeit auf Tempo 80!“**

Der Ausschuss diskutiert über die von Minister Oliver Wittke in Interviews angekündigten Überlegungen zur Regelung des LKW-Verkehrs.

2 Forum Bahnflächen NRW

8

Jenz Rother und Stefan Raetz erstatten für das Bahnflächenforum NRW Berichte. Dem schließt sich eine kurze Aussprache an.

3 Haushaltsgesetz 2007 18

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlagen 14/608 und 14/661

Einzelplan 14

Hierzu führt der Ausschuss eine Generalaussprache zur Einzelberatung durch.

4 Die Zukunft des Nahverkehrs in NRW planen - den von der Bundesregierung beschlossenen Mittelkürzungen nicht konzeptionslos begegnen! 29

Antrag der
Fraktion der SPD
Drucksache 14/1976

In Verbindung damit:

Kurzfristige Kürzungen der Regionalisierungsmittel ablehnen und zügig langfristige Planungssicherheit für den Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen schaffen!

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2029

Vorlage 14/704

Der Ausschuss kommt nach einer Aussprache überein, heute keine Beschlüsse zu fassen. Über das weitere Vorgehen soll sich der Sprecherkreis verständigen.

5 Umsetzung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zum Flughafen Düsseldorf 37

Minister Oliver Wittke (MBV) erstattet einen Bericht und beantwortet Fragen der Abgeordneten der Grünen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/278
Ausschuss für Bauen und Verkehr		19.10.2006
26. Sitzung (öffentlich)		Is-hoe

Seite

6 Landesentwicklungsgesellschaft NRW 43

Der Ausschuss spricht über den Stand der Bemühungen und Überlegungen zu einer möglichen Veräußerung der Landesentwicklungsgesellschaft NRW.

7 Monster-Trucks als Risikofaktor auf den Straßen in NRW 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2592

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 14/2592 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

8 Landesstraßenzustandsbericht 48

Vorlage 14/713

Der Ausschuss diskutiert über den vorgelegten Bericht in Vorlage 14/713.

9 Offensive gegen den Verkehrsstau in NRW 50

Vorlagen 14/459 und 14/658

Minister Oliver Wittke (MBV) beantwortet eine Frage des Abgeordneten Wißen.

10 Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln! 51

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2583

Der Ausschuss führt eine Aussprache zu den Immobilien- und Standortgemeinschaften durch. Über das weitere Beratungsverfahren soll sich der Sprecherkreis verständigen.

11 Auswärtiger Termin

-

Der Ausschuss beschließt, am 19./20. April 2007 beim Flughafen Köln/Bonn eine Sitzung durchzuführen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Minister Oliver Wittke (MBV) weist darauf hin, vor allem zwei Akteuren habe man es zu verdanken, dass so effizient und in dieser Intensität wohl einmalig in der Bundesrepublik zusammengearbeitet werde. Zum einen hätten die Kommunen ihren Beitrag geleistet, zum anderen aber auch die Bahnflächenentwicklungsgesellschaft. Wer Kenntnis darüber habe, wie unübersichtlich das Kompetenzwirrwarr in der Vergangenheit bei der Bahn gewesen sei, der wisse die Bahnflächenentwicklungsgesellschaft richtig zu schätzen. Er wolle sowohl der kommunalen Seite als auch der BEG ein herzliches Dankeschön sagen.

Als Minister beabsichtige er diese Arbeit nicht nur fortzusetzen, sondern sie auf einem noch höheren Niveau ablaufen zu lassen. Es liefen bereits Gespräche über weitere Projekte, die sein Ministerium gern zu realisieren wünsche. In den nächsten Monaten werde man auch in diesem Ausschuss noch häufiger darauf zu sprechen kommen. Es existierten aber noch andere Großgrundbesitzer in Nordrhein-Westfalen. Er glaube, das mit der Bahn Mögliche müsste auch mit anderen Großgrundbesitzern umsetzbar sein. Auch darüber seien erste Gespräche geführt worden. Diesbezüglich befinde man sich auf einem guten Weg. Das über das Forum Bahnflächen NRW Geleistete erscheine vorbildlich auch für andere Immobilienbesitzer in Nordrhein-Westfalen.

Jenz Rother (Vorsitzender des Forums, Bürgermeister der Gemeinde Holzwickede) antwortet, das Forum habe auch nach dem Ministerwechsel weiterhin eine hervorragende Unterstützung durch das Ministerium erfahren. Mit der Bahn sei und bleibe es schwierig. Natürlich könne man mit manchen Akteuren am Tisch hervorragend arbeiten. Aber Verhandlungen mit der Bahn blieben problematisch. Deshalb gelte es, am Ball zu bleiben und immer wieder nachzusetzen. Insbesondere Herrn Lennertz und der BEG danke er, die wirklich, unterstützt von der im Ministerium zuständigen Abteilung, ganz hervorragende Arbeit leisteten.

Vorsitzender Wolfgang Röken dankt im Namen des Ausschusses für das Erscheinen der Vertreter des Forums und der BEG und deren Ausführungen. Es handele sich, wie schon festgestellt, um eine Erfolgsgeschichte. Seiner Heimatstadt stehe noch ein schwieriger Weg zur Lösung der diesbezüglichen Probleme bevor, wenngleich inzwischen ein Vertrag abgeschlossen worden sei. Er wünsche dem Forum Bahnflächen NRW weiterhin viel Erfolg.

3 Haushaltsgesetz 2007

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlagen 14/608 und 14/661

Einzelplan 14

Generalausprache zur Einzelberatung

Dieter Hilser (SPD) kündigt an, sich auf einige Punkte zu beschränken und dabei kapitelübergreifend auszuführen. Das liege an der Art und Weise, wie in diesem Jahr die Haushaltsberatungen durchgeführt werden müssten.

Der Landesstraßenbau werde immer als neue Erfolgsgeschichte nach zehnjähriger Stagnation verkauft. Bei einer Debatte zu diesem Thema im Plenum hätten die Regierungsfractionen einen merkwürdigen Auftritt abgeliefert, indem diese den schlechten Zustand der Straßen beklagt hätten, weil zehn Jahre lang auf diesem Gebiet nichts geschehen sei. Aber ausgerechnet an diesem Tag habe das Ministerium seine Broschüre zum Landesstraßenbau 2004 herausgebracht. In dieser sei der Landesstraßenbau im Jahre 2004, also unter rot-grüner Regierung, ausdrücklich gelobt worden. Das dazugehörige Vorwort stammte ausgerechnet von Minister Wittke. Somit empfehle es sich, mit der Kritik an der zurückliegenden Politik im Landesstraßenbau ein wenig zurückhaltender zu verfahren.

Der Kollege Wißen habe den Hinweis gegeben, dass die Mittel für diesen Aufgabenbereich auf dem Stand der rot-grünen Koalition verblieben seien. Zudem sei von Herrn Rasche der Fehler begangen worden, öffentlich zu erklären, die Situation sei deshalb so schlimm, weil mit den Ausbaumitteln nichts für die Erhaltung von Straßen geleistet werden könne. Das verkenne die gegenseitige Deckungsfähigkeit beider Haushaltstitel.

Beide Regierungsfractionen hätten im Wahlkampf angekündigt, im Bereich Landesstraßenbau viel Neues unternehmen zu wollen. Die CDU habe von einem Sonderprogramm Verkehrsinfrastruktur gesprochen, auf das die SPD-Fraktion heute noch warte. Das liege auf der Linie des Ministers, viel anzukündigen, aber nichts zu unternehmen. Von der FDP stamme im Wahlkampf die Ankündigung, 76,8 Millionen € für den Um- und Ausbau und 21 Millionen € für weitere Baumaßnahmen beantragen und einsetzen zu wollen. Obwohl die neue Koalition sich eineinhalb Jahre im Amt befinde, sei diesbezüglich aber noch nichts Entsprechendes geschehen. Somit sollte zu dem gesamten Bereich des Landesstraßenbaues von der neuen Koalition nicht so dick aufgetragen werden, weil diese sich nach wie vor auf dem Stand der Vorgängerkoalition bewege.

Die Schwierigkeiten mit dem Haushaltsentwurf beruhten darauf, dass die angekündigte Ergänzungsvorlage nach wie vor nicht vorliege. Deshalb stelle die heutige Beratung schlicht eine Farce dar. Minister Wittke habe inzwischen Zahlen geliefert, nach dem das Ministerium zwei Wochen vor der Herbstpause gemerkt habe, dass Zahlen des Bundes vergessen und Zahlen aus NRW übersehen worden seien. Dabei gehe es zusammengerechnet um eine dreistellige Millionenhöhe. Die Zahlen seien zwar korrekterweise nachgeliefert worden, aber sie lägen noch immer nicht in Form eines ordentlichen Ergänzungshaushaltes zur Beratung vor.

Zum Wohnungsbauförderungsvermögen liege eine Stellungnahme von Fachverbänden vor, in der diese darauf hinwiesen, dass die Wohnungsbauaktivität des Landes Nordrhein-Westfalen von 980 Millionen € im Jahre 2005 nach dem Regierungswechsel auf 940 Millionen € verringert worden sei und nach dem neuen Haushaltsentwurf auf 890 Millionen € zurückgeführt werde. Die Fachverbände stellten zu diesem Sachverhalt fest, durch diese Kürzungen stünden erheblich weniger öffentliche Fördermittel zur

Verfügung, obwohl diese dringend zur Aufwertung der Städte als Wohnstandorte benötigt würden.

Bei der ÖPNV-Finanzierung finde ebenfalls das Spiel statt, dass viel angekündigt werde, aber nichts geschehe. Inzwischen lägen Eckpunkte zur möglichen Gestaltung und Finanzierung des ÖPNV vor. Kurz vor November existiere aber immer noch kein Strukturkonzept und es fehle an den Finanzierungsvorschlägen dazu, wie sich die Landesregierung die Finanzierung von ÖPNV und SPNV in Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2007 vorstelle. Angekündigt worden seien lediglich erhebliche Sparmaßnahmen. Das beginne mit der Mitteilung, die Struktur solle verändert werden. Gesprochen werde von nur noch drei Verbänden. Dazu kursierten jedoch ständig neue Zahlen. Ferner habe man von der Schaffung eines Grundnetzes gesprochen, welches das Land finanziere. Alle Sachverständigen, die nicht zur politischen Ebene des Ministeriums zählten, verträten eine andere Auffassung und lehnten die Überlegungen zu einem Grundnetz als Unsinn ab. Aber eine erforderliche Debatte dazu könne nicht geführt werden, weil bis heute keine Vorlage des Ministeriums als Beratungsgrundlage vorliege. Wenn aber das Ministerium in diesem Jahr damit nicht fertig werde, könnten sich bekanntlich die Verbände nicht mehr bis März/April auf eine mögliche neue Struktur einstellen. Minister Wittke habe zwar auch zu diesem Thema Ankündigungen gemacht, einen Prozess organisiert, aber geschehen sei bis zum heutigen Tage nichts.

In diesen Zusammenhang gehörten auch die um 49 Millionen € verringerten Schülerfahrtkosten, wovon insbesondere der ländliche Raum betroffen werde. Das bereite insbesondere den Aufgabenträgern des ländlichen Raumes sehr erhebliche Schwierigkeiten. Die Kürzung habe der Minister kommentarlos hingenommen und lediglich in einem völlig anderen Zusammenhang die Bundesregierung kritisiert, um vom eigenen Versagen bezüglich der Schülerfahrtkosten abzulenken. Fakt bleibe, dass 49 Millionen € für die Schülerfahrtkosten in Nordrhein-Westfalen fehlten. Das stelle wohl den verkehrspolitischen Beitrag des Landes zum vom Ministerpräsidenten ausgerufenen „Jahr des Kindes“ dar.

Die Koalition weise stets darauf hin, dass ihre Maßnahmen nicht die Kommunen belasteten. Im Rahmen der Hartz-4-Novelle habe der Bund dem Land knapp 600 Millionen € zugewiesen. Von dieser Summe seien von der Koalition 220 Millionen € in den Landeshaushalt eingestellt und nicht an die Kommunen im Rahmen der Wohngeldzuweisung weitergeleitet worden. Damit verstoße die Koalition gegen die eigenen politischen Aussagen, das Konnexitätsprinzip zu wahren und die Kommunen nicht zu belasten. Außerdem stelle es ein Unding dar, eine solche Einsparung zulasten der Städte und Gemeinden vorzunehmen. Die Koalition wisse genau, was eine solche Vorenthaltung von 220 Millionen € bei der Haushaltssituation der Städte und Kommunen für diese bedeute.

Zusammengefasst bleibe festzustellen, der Minister sei der erste, wenn es um das Reden gehe, aber der letzte, wenn es die Lieferung von Leistungen betreffe. Die SPD-Fraktion behalte sich eine weitere Debatte zum Haushalt vor, wenn die Ergänzungsvorlage eingebracht worden sei, sodass dann der Haushaltsentwurf 2007 auf einer fundierten Grundlage diskutiert werden könne, wie das den Ausschüssen mit anderen zuständigen Ministern offensichtlich ermöglicht werde.

Horst Becker (GRÜNE) stellt fest, zwei Bereiche dieses Einzelplans müssten in besonderer Weise kritisiert werden. Das betreffe einmal den Bereich ÖPNV und dessen Finanzierung, wozu der Kollege Hilser das Nötige gesagt habe, was er nur unterstreichen könne. Es reiche nicht, die Bundesregierung nur zu kritisieren, auch wenn Kritik an dieser angebracht erscheine. Insbesondere gelte die Kritik aber für den Bereich Wohnungswirtschaft und Wohnungsbau.

Nach wie vor enttäusche, dass sich die Linie des Haushalts 2006 offensichtlich im Jahr 2007 nach dem Entwurf fortsetzen solle. Der Städtebau und die Wohnungsbauförderungsanstalt würden zur Melkkuh des Finanzministers. Das gelte etwa dafür, dass die offensichtlich existierenden Bedürfnisse des Grundstücksfonds aus dem Wohnungsbauvermögen finanziert werden sollten. Das geschehe vor dem Hintergrund, dass darüber vorher aus dem Landeshaushalt finanzierte Zinszahlungen schon im Jahre 2006 mitfinanziert worden seien. Außerdem sei mit den Stimmen der anderen drei Fraktionen gegen die Grünen die Ausgleichsabgabe abgeschafft worden, wodurch weitere 35 Millionen € fehlten. Auf diese Weise komme es insgesamt im Wohnungsbau zu einem äußerst negativen Effekt. Das bedeute für ihn, dass in diesem Ministerium die Bereiche Städte- und Wohnungsbau deutlich zu kurz kämen. Es verhalte sich ähnlich wie im Jahr 2006, weil dort eine Zweckzuweisung aus dem GFG in die Fachtats übertragen worden sei, die als erste eine Kürzung erfahren habe. Entgegen allen Ankündigungen der Fachminister und des Finanzministers habe nämlich beim Städtebau und der Stadtentwicklung eine Kürzung um faktisch 15 Millionen € stattgefunden.

Beim Straßenbau lege er eine andere Nuance als die SPD-Fraktion zugrunde. Es treffe zu, dass die Mittelansätze für diesen Bereich nicht erhöht worden seien. Gleichwohl vertrete er, wie es die Grünen schon in der Vergangenheit getan hätten, die Auffassung, dass eigentlich weniger Mittel für den Neubau und mehr für den Unterhalt nötig wären. Das belege auch der Straßenzustandsbericht sehr deutlich. Somit würden beim Straßenbau falsche Prioritäten gesetzt.

Bernd Schulte (CDU) kritisiert, der Kollege Hilser habe höchst unsystematisch vorgetragen. Außerdem hätten sich die Sprecher der Opposition in Fragen verbissen, ohne den Hintergrund der Haushaltssituation zu beachten, den die früheren Koalitionsfraktionen im Jahre 2005 der neuen Koalition hinterlassen hätten. Die Fortführung der Politik der früheren Koalition bedeutete, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 2030 handlungsfähig sein würde, da dann allein die Personalkosten die Summe der verfügbaren Einnahmen verschlänge. Ferner gelte es, den hinterlassenen Schuldenberg von 112 Milliarden € zu berücksichtigen. Die dafür jährlich erforderlichen Zinszahlungen und Tilgungen bänden in wesentlichen Investitionsbereichen weitgehend die Hände und beeinträchtigten erheblich den politischen Entscheidungsspielraum.

Vor dem Hintergrund der notwendigen Sparbemühungen im Gesamthaushalt bedeute es für ihn einen außerordentlichen Erfolg, dass es gelungen sei, die Investitionen und die Unterhaltungsmittel für den Landesstraßenbau bei insgesamt 134 Millionen € zu erhalten. Somit werde dieser Bereich von den Sparbemühungen vollkommen ausgenommen.

Er bitte die Oppositionsfraktionen zu bedenken, auf welchen Stand diese den Landesstraßenbau geführt hätten. Im Jahre 2004 seien beim Landesstraßenbau ganze zwei Planfeststellungsverfahren abgeschlossen worden. Im Jahre 2006 hätten immerhin neun Verfahren einen Abschluss gefunden. Das reiche zwar noch nicht aus, bedeute aber eine Vervielfachung dessen, was die alte Koalition zuletzt im Jahre 2004 abgeliefert habe. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Steuereinnahmen dürfte sich die neue Koalition darum bemühen, dass der Landesstraßenbau in den nächsten Jahren auch an den Zuwachsraten bei den Einnahmen teilhaben werde, falls der Bundesfinanzminister von der SPD nicht die Unternehmenssteuerreform „vermurkse“ und damit finanzieller Fortschritt für Nordrhein-Westfalen ausbleibe.

Nach seiner Überzeugung wäre dieser Haushalt von den Oppositionsfraktionen für nicht beratungsfähig erklärt worden, wenn das Ministerium nicht schon in der letzten Sitzung die Aktualisierung des Haushaltsentwurfs auf der Grundlage der Beschlüsse der Bundesregierung zum Nahverkehr und zu den Veränderungen beim Wohnungsbau aufgrund der Föderalismusreform geliefert hätte. Außerhalb der vom Finanzminister kommenden normalen Ergänzungsliste habe man diese Daten erhalten. Aus diesem Grunde sollten die Sprecher der Opposition nicht „herummosern“, sondern diesen Haushaltsentwurf mit dieser Aktualisierung als eine beratungsfähige Grundlage ansehen. Die erste Ergänzungsvorlage des Finanzministeriums werde in den nächsten Wochen vorgelegt werden. Somit kenne der Ausschuss in vollem Umfang den tatsächlichen Stand der Zahlen.

Zum Wohnungsbauvermögen: Alle würden sicherlich der Behauptung zustimmen, dass der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen quantitativ derzeit nicht das Problemthema Nr. 1 darstelle. In sehr vielen Regionen des Landes existierten ausgeglichene Wohnungsmärkte, nur in einigen Regionen liege eine angespannte Situation vor. Die Regierungsfaktionen hätten festgestellt, dass das von der alten Koalition hinterlassene System erheblich verbesserungs- und erneuerungsbedürftig erscheine. Deshalb habe man als eine der ersten Maßnahmen das furchtbar bürokratische Instrument Fehlbelegungsrecht, das bei genauem Hinsehen sogar die schlimmsten Erwartungen noch übertroffen habe, abgeschafft. Gerade die Abschaffung der Fehlbelegerabgabe habe zu einer stärkeren sozialen Balance in den Stadtteilen beigetragen und dafür gesorgt, dass Haushalte mit dem Einkommen eines gehobenen Facharbeiters - diese Klientel dürfte der SPD-Fraktion nicht fremd sein - in den Wohnungen der angestammten Wohnquartiere blieben und die dortige Fluktuation gebremst worden sei. Der Vorteil dieser notwendigen Strukturmaßnahme übersteige um ein Vielfaches die Einnahmeausfälle, die aus dem positiven Zinssaldo des Wohnungsbauvermögens ausgeglichen werden müssten.

Nach seiner Auffassung sei es ordnungspolitisch richtig, die Zinsen für die Bundesfinanzhilfen nicht aus dem Haushalt, sondern aus dem Wohnungsbauvermögen zu finanzieren. Diese Veränderung habe übrigens nicht diese Landesregierung erfunden, sondern schon bei der vorherigen Landesregierung habe im Jahr 2004 ein solcher Plan in der Schublade gelegen. Diesen Plan habe man nur übernommen.

Zum ÖPNV: Zu den Kürzungen der Regionalisierungsmittel auf Bundesebene liege mittlerweile ein Eckpunktepapier der Landesregierung vor, das die Beratungsgrundlage

für das weitere Verfahren bilde. Er erwarte bei der Abhandlung weiterer Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung, dass sich die Beratung überholter Anträge erübrige. In den nächsten Wochen und Monaten werde die Diskussion auf der Grundlage des Eckpunktepapiers fortgesetzt. Die Beratungen würden dann in einen Gesetzentwurf für ein neues ÖPNV-Gesetz münden. Es gelte, die Vorgaben intelligent umzusetzen, weil angestrebt werde, mit weniger Geld mehr Verkehrsleistungen zu erbringen. An den Strukturen solle gespart werden, um die Priorität auf die Fahrleistungen zu setzen. Das werde in der Umsetzung des Eckpunktepapiers geschehen, um nach Möglichkeit das bestehende Angebot des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Diese Aussage umfasse bezüglich der Umsetzung des Eckpunktepapiers auch die Fragen des Schülertransports.

Was das angesprochene Thema Konnexität im Zusammenhang mit Hartz 4 und den Unterbringungskosten betreffe, habe ihm die Sprache verschlagen, dass dieses Thema zum Nachteil der Landesregierung und der sie tragende Koalition ausgelegt worden sei. Festgestellt werden müsse nämlich, dass gerade bei Hartz 4 wie bei vielen anderen Sachverhalten der heutige Bundesfinanzminister in seiner früheren nordrhein-westfälischen Funktion Lösungen ausgehandelt habe, die heute dem Land Nordrhein-Westfalen schaden. Nordrhein-Westfalen habe nicht das seinerzeit bei der Hartz-4-Regelung ausgehandelte Geld erhalten. Wenn das reklamiert werde, wundere sich die CDU-Fraktion, dass sich der Bundesfinanzminister nicht mehr an die nachhaltigen Handlungen in Nordrhein-Westfalen erinnere, was seinerzeit zu der Hartz-4-Regelung geführt habe. Diese Diskussion könne an anderer Stelle ausführlich fortgesetzt werden, dass seinerzeitige Repräsentanten der Landesregierung, nunmehr in Berlin nicht zum Vorteil des Landes handelten. Diesen Sachverhalt sollte sich die SPD-Fraktion einmal genauer ansehen, bevor diese anderen die daraus resultierenden Ergebnisse vorwerfe.

Christof Rasche (FDP) meint, es sei erstaunlich, wie die Düsseldorfer Fraktionen der beiden Koalitionspartner auf Bundesebene mit der „bemerkenswerten“ Bundespolitik umgingen.

Es gehe bei der Haushaltspolitik der neuen Landesregierung um eine wirkliche Konsolidierung. Die Schulden hätten sich unter Rot-Grün innerhalb von zehn Jahren von rund 60 Milliarden € auf 113 Milliarden € erhöht. Das Land zahle täglich 13 Millionen € Zinsen. Für dieses Geld könnte man viele Straßen bauen.

Die neue Koalition strebe an, die Kreditaufnahme von Jahr zu Jahr zu senken, was auch geschehe. Aus diesem Grunde komme man im Moment zwar noch nicht an weiteren Kreditaufnahmen vorbei, aber deren Umfang werde von Jahr zu Jahr reduziert. Das gelinge nur, wenn in den verschiedenen Einzelplänen des Haushaltes gespart werde. So verhalte sich das auch beim Einzelplan 14. Es treffe zu, dass beim Wohnungsbauvermögen gespart werde. Vor dem Hintergrund der von der alten Koalition hinterlassenen Finanzlage bestehe aber keine andere Wahl.

Bezüglich der Umsetzung der Sparmaßnahmen des Bundes sei ein ÖPNV-Gesetz vom Sprecher der SPD-Fraktion gefordert worden. Die Minister Steinbrück und Tiefensee - die CDU habe dabei mitgespielt, weshalb der Vorwurf die Koalition auf Bundesebene treffe - hätten die ÖPNV-Mittel auf Bundesebene gekürzt, ohne dabei die Folgen für die

Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu bedenken. Angesichts der Prognosen eines extrem wachsenden Verkehrs sollte eigentlich dafür gesorgt werden, einen erheblichen Teil der Zuwächse beim Personen- und Güterverkehr auf der Schiene abzufangen und nicht nur auf der Straße. Die Bundespolitik mache genau das Gegenteil und werde dafür sorgen, dass immer mehr Pendler, die heute noch die Schiene nutzten, demnächst auf der Straße führen. Diese Bundespolitik könne der Landesregierung nicht vorgeworfen werden. Die Koalitionsfraktionen würden versuchen, einen Plan zu entwickeln, der spätestens im April nächsten Jahres stehe, damit die Verkehre für das Jahr 2008 rechtzeitig bestellt werden könnten. Die Verkehre würden übrigens nie vor April bestellt.

Über den Landesstraßenbau werde bei verschiedenen Haushaltstiteln diskutiert. In der vergangenen Legislaturperiode sei immer an drei Haushaltstiteln 777 11 - Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen - 777 12 - Um- und Ausbau von Landesstraßen - und 777 13 - Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans - festgemacht worden, was für den Landesstraßenbau unternommen werde. Als 1995 Rot-Grün an den Start gegangen sei, hätten diese drei Haushaltstitel zusammen 146 Millionen € umfasst, als 2005 diese Regierung zu Ende gegangen ist, machten dieses Titel noch 125 Millionen € aus. Inzwischen würden für diese drei Haushaltstitel wieder 130 Millionen € eingesetzt.

Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün sei im Jahr 2000 festgelegt worden, 75 Millionen € für den Landesstraßenneubau auszugeben. Nachdem das zwei Jahre geschafft worden sei, habe die alte Koalition eine Reduzierung auf 67 Millionen € vorgenommen. Die neue Koalition habe für die Jahre 2006 und 2007 die Summen aufgestockt. Wissend, dass diese Mittel noch nicht ausreichten, bewege man also wenigstens in die richtige Richtung.

Er beabsichtige mit dem Märchen aufzuräumen, Neubaumitteln könnten einfach in die Instandhaltung umgelenkt werden. Das wäre nur dann möglich, wenn Brücken und halbfertigen Straßen im Lande, deren Bau unter Rot-Grün gestartet worden sei, nicht weiter gebaut würden. Das stelle keine vernünftige Politik dar. Deshalb müssten die sich im Bau befindlichen Maßnahmen zu Ende geführt werden. Somit könnten die Neubaumittel auch nur für den Neu- und Ausbau eingesetzt werden. Erst nach weitgehender Abarbeitung dieser Maßnahmen bestehe wieder Spielraum, aus diesem Ansatz mehr Mittel in die Instandhaltung zu stecken.

Dieter Hilser (SPD) führt an, zwei Punkte verdeutlichten, dass unsinnige Aussagen getroffen würden. Herr Rasche habe in der Sache begründet, warum Neubaumittel nicht in die Instandsetzung umgeleitet werden könnten. In der „Westfälischen Rundschau“ habe hingegen der Kollege Rasche ausgeführt, aus haushaltstechnischen Gründen könnten diese Mittel nicht umgeleitet werden. Genau diese Aussage habe er, Hilser, als falsch kritisiert.

Erstaunt hätten ihn auch die Aussagen des Kollegen Schulte zur Fehlbelegungsabgabe. Erstens sei die Fehlbelegungsabgabe mit den Stimmen der SPD abgeschafft worden, weil auch die SPD-Fraktion dies für richtig gehalten habe. Aber der Hinweis, durch die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe sei es jetzt zu einem sozialen Ausgleich in den Wohnvierteln gekommen, bilde die Krönung. Die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe sei zum 1. Januar 2006 in Kraft getreten und betreffe zunächst maximal ein Drittel

der in diesen Wohnungen lebenden Menschen, weil diese Abgabe in drei Stufen erhoben und jeweils neu berechnet werde. Somit könne es in dieser kurzen Zeit nicht zu einer Beendigung des sozialen Entmischungsprozesses in den Wohnvierteln gekommen sein. Auch seine Fraktion meine, dass diese Maßnahme möglicherweise dazu führen werde, aber innerhalb von neun Monaten funktioniere ein solcher Prozess gewiss nicht.

Die heutigen Regierungsfractionen hätten in den Jahren 2004 und 2005 haushaltsrelevante Anträge in einer Höhe von etwa 100 Millionen € gestellt. In demselben Jahr hätten diese aber die damalige rot-grüne Landesregierung im Wahlkampf wegen des immensen Schuldenstandes angeprangert. Die CDU habe gleichzeitig beim Verfassungsgerichtshof gegen den verfassungswidrigen Schuldenstand des Landes geklagt und sogar Recht bekommen. Demnach habe diese Partei im Wahlkampf um die Höhe des Schuldenstandes des Landes gewusst. Dennoch sage Herr Schulte in jeder Sitzung, die neue Koalition könne leider Maßnahmen nicht umsetzen, weil Rot-Grün so hohe Schulden hinterlassen habe. Diese Vorgehensweise bezeichne er, Hilser, als Scharlatanerie.

Zum Umfang der Kürzung der Mittel für die Wohnungsbauförderung von knapp einer Milliarde € auf 840 Millionen € habe Herr Schulte von dem Zwang zur Vornahme kleiner Korrekturen gesprochen. Auch diese Behauptung stimme überhaupt nicht mit den vorherigen Ankündigungen überein. Im Koalitionsvertrag stehe, die Wohnungsbauförderung sollte auf null gebracht werden, weil die Objektförderung vollständig abgeschafft werden sollte. Insoweit müsse die SPD-Fraktion froh sein, dass jetzt doch noch 840 Millionen € eingestellt würden. Aber von der Vornahme kleiner Korrekturen in Anbetracht einer Kürzung in Höhe von 160 Millionen € innerhalb von zwei Jahren zu sprechen, davon sollte Herr Schulte wirklich Abstand nehmen.

Aufgrund der von der großen Regierungsfraction angeführten Punkte könne nur von einem peinlichen Auftritt gesprochen werden.

Bodo Wißen (SPD) hebt hervor, zumindest vergangene Verkehrsminister hätten Sicherheit, Sauberkeit und Service an Bahnhöfen als wichtig erachtet. Wegen der noch fehlenden Zahlen müsse man auf unsolider Basis diskutieren. Es habe aber festgestellt werden müssen, dass sich bei diesem Punkt wohl die CDU-Fraktion bei dem Drei-S-Programm nicht habe durchsetzen können. Statt der ursprünglich geplanten 10 Millionen € sehe der Haushaltsentwurf 2007 nur 5 Millionen € vor, was auch vor dem Hintergrund der versuchten Bombenanschläge und der zahlreichen Beschwerden von Reisenden beklagt werden müsse. Das Land könne es sich nicht leisten, in diesem Bereich so starke Kürzungen vorzunehmen. Die Bahnkunden müssten wahrscheinlich mehr für einen demnächst schlechteren Service zahlen. Dieses Thema sei wohl dem Landesverkehrsminister nicht wichtig genug.

Auch bei der Verlagerung von Güterverkehr müsse dieser Haushaltsentwurf beachtet werden, weil im Bereich der nicht bundeseigenen Eisenbahnen der Haushaltsansatz auf null gebracht worden sei. Das erscheine bemerkenswert, wo doch gerade Schwarz-Gelb immer das Schild mit der Aufschrift „Privat vor Staat“ hoch halte. Aber der stattfindende Wettbewerb werde hier zugunsten eines großen Wettbewerbers, wie seine Fraktion vermute, kaputtgemacht. Das erscheine unter dem Blickpunkt der vernünftigen

Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene, wenn man an die kommenden Verkehrsströme denke, ebenfalls als nicht sinnvoll.

Horst Becker (GRÜNE) fragt die Sprecher der Koalitionsfraktionen, warum diese sich in diesem Ausschuss so aufführten, als sei die jetzige Koalition von der Apo direkt in die Regierung gelangt. Die Regierungsfractionen verhielten sich so, als ob sie mit ihren erst wenige Monate alten Anträgen nichts mehr zu tun hätten. Im Wahlkampf und in den Haushaltsreden hätten diese die Verschuldung kritisiert und angekündigt, diese zurückführen zu wollen. Zudem hätten diese im Wahlkampf leider mit Erfolg den Eindruck erweckt, den Stein der Weisen für alles gleichzeitig gefunden zu haben. An diese früheren Aussagen müssten sich die Vertreter der Regierungsfractionen aber nun messen lassen.

Ihn habe erfreut, dass zu Recht die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch die große Koalition in Berlin mit den in Anträgen beschriebenen Folgen für den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen kritisiert worden sei. Wenn es sich aber so verhalte und gleichzeitig die Mehrwertsteuererhöhung - auch durch die Landesregierung - beanstandet werde, frage er, warum nicht ein Teil der Einnahmen aus der Mehrwertsteueranhebung in Höhe von etwa einer Milliarde Euro, wie in einem Teil der anderen Bundesländer, aufgewendet werde, um das abzufangen, was durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel angerichtet werde. Die Regierungsfractionen machten es sich zu einfach, wenn sie etwas auf der einen Seite zu Recht kritisierten, die Mehrwertsteuererhöhung öffentlich ablehnten, aber auf der anderen Seite nicht einen einzigen Cent der Mehreinnahmen für den Ausgleich der zu Recht kritisierten Kürzungen des Bundes verwendeten. Herr Rasche rede zwar grün, aber es werde nicht ansatzweise grün gehandelt.

Bernd Schulte (CDU) äußert, ihn erstaune stets aufs Neue, wie es den Vertretern der früheren Koalitionsfraktionen gelinge, die seinerzeit die Regierungszeit bestimmenden Tatsachen zu verdrängen. Die alte Koalition habe die Spuren ihrer Finanzpolitik nicht nur im Landeshaushalt, sondern auch in den Schattenhaushalten hinterlassen. Da die CDU kein Herrschaftswissen besessen habe, sei ihr nicht bekannt gewesen, dass der Finanzminister der neuen Regierung für den Nachtragshaushalt 2005 allein zwei Milliarden € kreditfinanziert aufbringen müsste, um die Landesbeteiligungsgesellschaft und den BLB zu entschulden. Die alte Koalition sei nicht mit den für den Landeshaushalt aufgenommenen Krediten ausgekommen, sondern darüber hinaus hätten in wesentlichen Landesbeteiligungen und Landesbetrieben Kredite aufgenommen werden müssen, um dem Finanzbedarf gerecht zu werden. Einer solchen Finanzplanung fehle es an Nachhaltigkeit und Verantwortung für die kommenden Generationen. Den neuen Regierungsfractionen wollten aber SPD und Grüne zumuten, diese Politik fortzusetzen.

Die alten Regierungsparteien hätten konjunkturelle Mehreinnahmen, wo immer sie aufgetreten seien, dazu genutzt, zusätzliche Ausgabenbedürfnisse zu befriedigen, und sie hätten dabei den Schuldenberg gleichzeitig ungebremst anwachsen lassen. Dieser Versuchung erliege die CDU-Fraktion nicht. Es werde nicht der Fehler gemacht, die Mehreinnahmen, die das Land ab dem 1. Januar 2007 aus der Mehrwertsteuererhöhung erhalte, konsumtiv einzusetzen. Steuer Mehreinnahmen könnten zudem im Sinne des allgemeinen Deckungsprinzips des Haushalts nicht zweckgebunden verwendet, sondern

müssten als allgemeine Deckungsmittel eingesetzt werden. Davon werde aber Abstand genommen. Stattdessen würden diese Mehreinnahmen konsequent und zielorientiert zur Forcierung des Schuldenabbaues verwendet, um wieder politischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

Eine solche Politik sei ansatzweise auch bei den Grünen in einem Papier über nachhaltige Finanzpolitik einmal vertreten worden. Ihn habe erstaunt, dass ein ehemaliger Staatssekretär der alten Landesregierung gute Thesen entwickelt habe. Leider habe er diese in seinem Regierungshandeln bis zum Jahr 2005 nie zum Ausdruck bringen können. Er empfehle Herrn Becker, dieses Papier zur nachhaltigen Finanzpolitik noch einmal zu lesen. Dann könnte man vielleicht gemeinsam eine Intention verfolgen, die das Land weiterbringen würde.

Die Wohnraumförderung liege nach wie vor im Wohnungsbauförderungsprogramm auf einem Niveau von rund 900 Millionen €. Es habe eine Reduzierung um 22 Millionen € für die Verlagerung der Finanzierung der Zinsen aus dem Haushalt ins Wohnungsbauvermögen gegeben. 38 Millionen € seien zudem durch die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe verlagert worden. Er rate dem Kollegen Hilser, sich bei Oberbürgermeistern der SPD nach den Wirkungen in konzentrierten Stadtteilen zu erkundigen. Oberbürgermeister Demnitz könne Herrn Hilser die in Hagen innerhalb weniger Monate eingetretene Wirkung des Wegfalls der Fehlbelegerabgabe darlegen, um Entmischungsprozesse zu bremsen und wieder zu ausgewogenen Strukturen in problembelasteten Stadtteilen zu gelangen.

Es werde noch eine weitere Änderung beim Wohnungsbauvermögen in Verbindung mit dem Grundstücksfonds stattfinden, um die Finanzierung der in der Pipeline befindlichen Objekte zu sichern.

Er gehe aber davon aus, dass ein Niveau von 900 Millionen € vollkommen ausreiche, um die Bedürfnisse der Eigentumsförderung, der Modernisierung und der Wohnraumförderung in den Ballungsgebieten zu befriedigen. Auf dieser guten Grundlage könne gearbeitet werden.

Olaf Lehne (CDU) führt aus, die Diskussion erwecke bei ihm den Eindruck, jemand türme vor seiner Tür einen Misthaufen auf, über den er todunglücklich sei, aber dann denjenigen, der in halbwegs sauberen Klamotten versuche, diesen wegzuräumen, umarme und sage, er stinke auch und habe den Misthaufen mit verursacht. Nach diesem Motto gehe die Opposition vor. Der Misthaufen müsse übrigens noch größer werden, weil die früheren Regierungsparteien die entsprechenden Vorarbeiten geleistet hätten. Auch die Bevölkerung wisse um diesen Sachverhalt, dass der Schuldenberg nicht so schnell abgebaut werden könne. Diese Vorgehensweise der Oppositionsfaktionen zeige ihm, dass diese nicht die Gründe für deren Abwahl verstanden hätten. Diese Verhaltensweise stelle für die Regierungsparteien die beste Reklame dar.

Wenn er sich ausrechne, was die Oppositionsfaktionen alles über die Mehrwertsteuermehreinnahmen decken wollten, komme er auf einen Betrag, der bereits deutlich darüber liege. Das verdeutliche, dass diese Sinn und Zweck der politischen Tätigkeit der neuen Koalition nicht verstanden hätten. Dieser liege darin, die Schulden zu minimieren, damit das Land handlungsfähig bleibe. Die jetzige Koalition werde nicht den Fehler

wiederholen, den die alte Koalition permanent gemacht habe und den deren Fraktionen weiter fortführen wollten, nämlich Schulden anzuhäufen, ohne darüber nachzudenken, wie man wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt und eine Entschuldung erreiche.

Christof Rasche (FDP) stellt heraus, der Unterschied der Haushaltspolitik zwischen Opposition und Koalition werde deutlich. Wer die Haushaltskonsolidierung ernst nehme, könne zusätzliche Einnahmen nur zur Reduzierung der Schulden verwenden. Diesen neuen Weg werde diese Koalition fortsetzen.

In den „Ruhr-Nachrichten“ sei er übrigens falsch zitiert worden. Er habe in den vergangenen Debatten im Plenum und Verkehrsausschuss wiederholt geschildert, dass die Mittel für den Straßenneubau nicht zur Instandhaltung verwendet werden könnten, weil man nicht halbfertige Baustellen in der Landschaft stehen lassen könne. Wenn Herr Hilser dies wahrgenommen hätte, dann hätte er auch dieses angebliche Zitat in der genannten Zeitung richtig bewertet.

Was die Vorschläge zur Sicherheit an Bahnhöfen, für die mehr ausgegeben werden müsse, angehe, sehe er gespannt den Deckungsvorschlägen von Herrn Wißen entgegen.

Der größte Teil der Kritik der Oppositionsfraktionen zum Haushaltsentwurf 2007 betreffe die Zeit, in denen CDU und FDP sich noch in der Opposition befunden hätten. Wenn die Opposition meine, heute so handeln zu müssen, statt sich mit dem Regierungshandeln der jetzigen Koalition zu beschäftigen, wähle diesen genau den falschen Ansatz. In der Regierungszeit der SPD habe sich die Kreditaufnahme im Ergebnis von Jahr zu Jahr erhöht, während diese sich bei der neuen Koalition jährlich reduzieren werde. Darin bestehe der Kern der neuen Haushaltspolitik.

Horst Becker (GRÜNE) stellt fest, die kommunalen Spitzenverbände und die Bürgermeister, die zu einem nicht unerheblichen Teil der CDU angehörten, protestierten in vielen Bereichen gegen die Politik der neuen Landesregierung. Das betreffe beispielsweise die Ausstattung der Kommunen und den Verkehrsbereich. Demnach hätten auch diese nicht die „glorreiche“ neue Politik verstanden. Das gelte übrigens auch für die Privatisierungsabsichten bei der LEG.

Die Regionalisierungsmittelkürzungen für das Jahr 2007 - danach würden diese Beträge immer höher - machten nach seinem Kenntnisstand etwa 116 Millionen € aus. Die Mehrwertsteuermehreinnahmen ergäben ziemlich genau eine Milliarde €. Wer dann sage, das ließe sich nicht rechnen, müsse offenbar einen anderen Mathematikunterricht besucht haben, oder aber der kenne abweichende Zahlen. Wenn das letztere der Fall sei, wäre er dankbar, wenn diese ihm mitgeteilt würden.

Die Frage von **Dieter Hilser (SPD)**, ob die Diskussion dem Minister die Sprache verschlagen habe, verneint Minister **Oliver Wittke (MBV)**.

